

# Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 15ten Monat und auf den 1ten Monat besonders angenommen; im Rgr. Sachsen u. Herzgth. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Peter Haß, S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 150. Freitag, 25. Dezember. 1874.

Des Weihnachtsfestes wegen fällt die Sonntagsnummer aus; um aber in dem Erscheinen des „Volksstaat-Erzähler“ keine Pause eintreten zu lassen, haben wir denselben der Freitags-Nummer beigegeben. Die nach den Feiertagen erscheinende Mittwochsummer wird zugleich „Agitations-Nummer“ sein. Hierdurch ist den Parteigenossen besondere Gelegenheit geboten, für die Verbreitung des Parteiorgans tätig zu sein. Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## Parteigenossen! Arbeiter! Männer des Volks!

Ein neues Quartal beginnt in den nächsten Tagen; der „Volksstaat“ wendet sich an Euch. Er fordert Euer Unterstützung, und hat ein Recht dazu, denn in mehr als fünfjährigem Kampf ist bereits für die Arbeiterrechte und die Besserung Eurer Lage gekämpft. Maßregeln und Verfolgungen sind ihm dafür Theil geworden, wie keinem zweiten Blatt der deutschen Presse. Aber wie auch die Feinde der Arbeitersache von allen Seiten ihn anfallen und bekämpfen mögen, lähn und unentwuthigt verfolgt seinen Weg, das Banner hochhaltend, auf dem geschrieben steht: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Tod der Noth und dem Verräth!

Arbeiter! wenn Ihr Eure eigne Befreiung wollt, dann unterstüzt dieses Blatt, haltet es selbst, schafft ihm Leser in jeder Fabrik, in jeder Werkstatt, in jeder Hütte. Der „Volksstaat“ sei die geistige Nahrung des deutschen Proletariats, durch den es Belehrung seiner Unwissenheit, Trost in seinen Leiden und Hoffnung für eine Zukunft schöpft.

Das Gift, das Tausende von Blättern Eurer Gegner tief in Euer Herzen hineingetragen, die feige unterwürfige Gesinnung, die sie erzeugt, die falschen Lehren die sie verbreitet haben, sie müssen ausgerottet werden.

Ihr habt leider keine Zeit, gute wissenschaftliche Bücher zu lesen und auch nicht die Mittel, sie Euch anzuschaffen. Aber ein verdienstliches Blatt, das Eure Interessen vertritt, Euch über das Alltagsleben aufklärt, das Euch in Staat und Gesellschaft aufklärt, das könnt Ihr lesen, dazu habt Ihr die Mittel und es zu unterstützen ist Eure Pflicht.

Ihr, die Ihr unsere Sache noch nicht zu der Euerigen gemacht, theilhaftig Euch an den Bestrebungen Eurer Brüder, die dieses Organ Eurer Wünsche mit ihren schwachen Mitteln gründen und bisher erhalten haben. Seht zur Post und abonniert; Ihr werdet einen Rathgeber und Genossen in ihm finden, in Ihr später so wenig wie das läbliche Brod vermischen wollt.

Das Blatt erscheint wöchentlich 3 Mal: des Sonntags, Mittwochs und Freitags. Der Preis desselben beträgt nur 16 Gr. = 1 Mark 60 Pf. vierteljährlich, für den 2. und 3. Monat des Quartals nimmt jede Postanstalt besondere Bestellungen an. Das Monatsabonnement kostet 5 1/2 Gr. = 55 Pf. R. W.

Ist die Ausgabe für die Mittel des Einzelnen zu hoch, dann theilt Euch zu zwei und haltet es gemeinschaftlich; es ehrt Euch und Eure Sache, indem Ihr das Blatt leset, theilt, es verbreitet und dadurch der Belehrung und Aufklärung Bahn schafft!

Und nun noch Eins. Tretet ein in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wer schon Mitglied derselben ist, suche seine Freunde und Arbeitsgenossen gleichfalls für die Partei zu gewinnen, damit deren Basis täglich erweitert und deren Einfluß stetig gefördert werde. Der Parteibeitrag ist auf 1 Gr. 10 Pf. pro Monat festgesetzt und bietet gewiß keinen Anlaß, zu weigern abseits vom Wege der großen Arbeiterbewegung stehen zu bleiben.

Der Aufsicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. J. Auer, Breitestr. 39, 1. Hinterthür, Hamburg. S. Benneke, kleiner Schäfertamp 34, Hamburg.

## Politische Uebersicht.

Die Niederlage des Fürsten Bismarck im Animmprozeß haben die Presseartikel dadurch abzuschwächen, daß sie ein Halloh über die „genialen“ Depeschen des „Genialen“, die während des Prozesses „enthalten“ worden. Dagegen ist zu bemerken, daß die fraglichen Depeschen keineswegs weniger als „genial“ (nicht Bismarck'schen Sinne) sind, und zweitens nicht von Bismarck herrühren, sondern von dessen Schreibendem Faktotum her. Auch die „Offenheit“ des Herrn Reichskanzlers, der die Depeschen vor's Publikum habe gelangen lassen, wird mit dem ganzen Begeisterung des Reptilienhändlers angepriesen. Schade nur, daß nicht alle Depeschen veröffentlicht worden sind, und daß es im Lauf des Prozesses nicht an Andeutungen gefehlt hat, aus denen zu schließen, daß durch gemeinsames Ueberkommen alle diejenigen Depeschen, in welchen von allen Personen und von delikaten Beziehungen zum Kaiserlande kompromittirend die Rede ist, von der Veröffentlichung ausgeschlossen worden sind. Uebrigens hat das neuerliche Benehmen des Fürsten Bismarck selbst in den reichsfeindlichsten Kreisen einen schlechten Eindruck gemacht, daß die Presseartikel es für nöthig halten, die „Revolütät“ des „griffigen Perles“ durch ein

Attentat zu erklären; richtiger durch einen Attentatsplan, von dem ihn die Polizei (Stieber hat ja die Kallmanniade überlebt, wie weilsand die Westermilliade) unterrichtet habe. Der arme Mann!

— Wer ist der Dieb? Vor Kurzem wurde ein sich in Brüssel aufhaltender Flüchtling der Pariser Commune, Charles Tabaraud, von der belgischen Regierung, die von dem „Apolrecht“ von jeder gar sonderbare Begriffe hat, an die französische Polizei ausgeliefert. Charles Tabaraud war eines gemeinen Verbrechens (des Diebstahls) angeklagt und wurde daher nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor die Pariser Assisen gestellt. Das Kriegsgericht hatte bereits vorher Tabaraud wegen desselben Verbrechens in contumaciam zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurtheilt. Nun sprachen die bürgerlichen Geschworenen in der Sitzung vom 14. November den Angeklagten frei und konnte derselbe nach Brüssel zurückkehren.

„Dahleich, bemerkt hierzu die „Gleichheit“, das Botum solcher Bourgeois-Gerichte für uns nicht maßgebend sein kann (die drei Richter und der Procurator sind von der Versailler Regierung ernannt), so geht doch aus diesem Resultate hervor:

- 1) Die belgische Regierung hat der französischen Polizei einen reinen Liebesdienst erwiesen.
- 2) Der von den Versaillern als Mitglied einer Banditen- und Diebesbande bereits Verurtheilte ist — kein Dieb, wie selbst Pariser Bourgeois-Geschworene zugeden müssen, und das Gesetz der Lohnprekäre über die Diebe der Commune ist gerichtet.
- 3) Wäre es Tabaraud nicht gelungen, zu entfliehen, so hätten ihn die Versailler Henker auf zwanzigjährige Zwangsarbeit geschickt wegen Diebstahls.

Wir haben uns zwar nie der Illusion hingegeben, daß es in Versailles Richter gebe. Nach diesem Urtheile aber muß der eingeleitetste Bourgeois zugeden, daß, sowie ein von dem Versailler Kriegsgericht zu Galeeren verurtheilter Communist vor ein noch so schlecht zusammengesetztes bürgerliches Gericht gestellt wird, sich sein Martyrium erweisen muß.

Mit den Beweismitteln gegen die viertausend Bürger, welche durch das Versailler Nachkorp als gemeine Verbrecher nach Neufchledonien geschickt wurden, dürfte es kaum anders ausgehen haben, als mit denen, auf Grund welcher Tabaraud — glücklicherweise bloß in contumaciam — zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurtheilt wurde. So stehen diese Henker Freiheit, Ehre und Leben. Wer ist der Dieb?“

— Fortschritt in der Rechtspflege. Natürlich nicht in Deutschland. Der Schweiz gebührt die Ehre, insbesondere dem Canton Zürich. Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, gelangten dort kürzlich mehrere Justizgesetze zur Volksabstimmung, welche bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet der Rechtspflege darstellten. Ihr Hauptinhalt ist folgender:

- 1) Abschaffung sämtlicher Eide, sowohl in Civil-, als im Strafprozeß. Es giebt weder Zeugen, noch Partei, noch Amtseide mehr; der Begriff „Mein Eid“ ist obsolet (hinfällig) geworden; die Religion braucht sich nicht mehr nachzusehen zu lassen, daß sie im Staate nöthig sei, um der Justiz Maßgebungen zu thun.
- 2) Gänzliche Freiebung der Advokatur. Es giebt keine juristischen Staatsprüfungen mehr, von deren Abolition die Erlaubnis zur Praxis abhängt. Jeder Parteipartei steht es frei, sich einen Bürger, dem sie ihr Vertrauen schenkt, mag er nun examiniert und diplomiert sein oder nicht, zum Rechtsbeistand zu wählen, und das Gericht muß einen solchen anerkennen.
- 3) Öffentlichkeit der Voruntersuchung. Das Gesetz unterscheidet bloße „polizeiliche Erhebungen“, die geheim bleiben, sofern nicht der Untersuchungsbeamte eine Ausnahme also Einsicht der Akten, gestattet, — und „sörmliche Verhandlungen“ vor dem Untersuchungsbeamten, wobei insbesondere Zeugnisaufnahmen gehören. Diesen „sörmlichen Verhandlungen“ beizuwohnen, ist der Angeklagte berechtigt (nicht weniger auch die Civilpartei); er darf dabei Fragen an den Zeugen richten, ist auch befugt, einen Rechtsbeistand beizuziehen. Ist der Angeklagte in Haft, so ist es in das Ermessen der Untersuchungsbehörde gestellt, ob er gleich von Anfang der Haft an frei und unbeaufsichtigt mit einem Rechtsanwalt verkehren darf; hat aber die Haft vierzehn Tage gedauert, so darf diese Erlaubnis nicht ohne besondere Gründe verweigert werden.
- 4) Unzulässigkeit der Nachforschung nach dem Verfasser bei Pressevergehen. Das Verfahren ist so geregelt, daß zunächst allerdings der Herausgeber als Zeuge vorgeladen wird, um über die Auctorschaft des inkriminirten Artikels Auskunft zu geben; aber er ist nicht gehalten, dieses Zeugnis abzulegen, und tritt, wenn er sich dessen weigert, d. h. die Verantwortlichkeit übernimmt, in die Stelle des Angeklagten, ohne daß Nachforschungen nach dem wahren Verfasser zulässig sind.
- 5) Entschädigung von Freigesprochenen. Schon die zürcherische Verfassung von 1869 räumt einem „ungesetzlich Verhafteten“ einen Rechtsanspruch gegen den Staat auf Entschädigung ein, und es werden solche Entschädigungen vom Regierungsrathe zugestanden, wenn ihm der Nachweis, daß die Verhaftung eine ungesetzhche war, erbracht scheint. Das neue Gesetz giebt nun überdies den Strafgerichten die Befugnis, einem freigesprochenen Angeklagten eine Entschädigung „wegen Untrieben“ zuerzuerkennen, — unter welchen „Untrieben“ nicht nur eine Verhaftung, sondern auch der Schaden begriffen ist, der durch die Erhebung der nun als grundlos ersundenen Anklage dem Angeklagten erwachsen sein mag. Eine solche Entschädigung wird aus der Staatskasse bezahlt; läßt

sich aber dem Denunzianten ein Verschulden nachweisen, so wird dieser verurtheilt, dem Fiskus die ausgelegte Entschädigung zu vergüten.

— Am 17. Dezember gab der „Braunschweiger Volksfreund“ seine tausendste Nummer heraus. Dieselbe ist in doppelt großem Format und enthält u. A. in kurzem Abriss die Lebensgeschichte des „Volksfreund“:

„Es war nach der Schlacht von Sedan, am 9. Sept. 1870, als der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welcher in Braunschweig seinen Sitz hatte, gegen Recht und Gesetz auf Befehl des Generals Vogel von Falckenstein in Fesseln nach Löven geführt wurde. Das Verbrechen der Vertreter der Arbeiterpartei bestand darin, daß sie nach der Schlacht bei Sedan, nach dem Sturze Napoleon's den Frieden verlangten. Nach länger als zwei Monaten wurden sie wieder gebunden zurückgeführt und vom Gerichte bis zum 30. März 1871 gefangen gehalten. Ein Hochverratsprozeß wurde gegen sie angesetzt, der mit ihrer schließlichen Freisprechung von der Hauptanklage durch das Obergericht endete. Es wurde nur gegen Einzelne wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes auf geringe Strafen erkannt. Was war die Frucht jener Verfolgung? Die sozialdemokratische Thätigkeit wurde eine regere und lebendigere. Aus der Defensive wurde zum Angriff vorgegangen, und im Mai 1871 erschien die erste Nummer dieses Blattes. Dasselbe wurde bis zum 1. Oktober nur einmal wöchentlich herausgegeben, von jenem Tage an aber erscheint es täglich. Mit diesem Blatte haben die Arbeiter Braunschweigs eine Waffe erlangt, deren Macht unsere Gegner kennen gelernt haben und die sie bis auf diese Stunde fühlen. Darf es wundernehmen, wenn die Gegner uns diese Waffe zu entwenden wünschten! Es ist ihnen nicht gelungen. Mit schweren Opfern hatte das Blatt zu kämpfen. Wir konnten Bogen füllen, wollten wir die Passionsgeschichte des Blattes erzählen; Konfiskationen, Verurtheilungen, Gefängnis- und Geldstrafen, sie regneten auf uns herab. Traf uns manchmal ein etwas harter Hagelsturm, so wickelte selbst der uns erlösend, und wir sagten, wie jene alte Räuberin: Non dolet, das thut nicht weh. Heute, wo die tausendste Nummer dieses Blattes erscheint, können wir mit Befriedigung auf unsere Wirksamkeit zurückblicken. Aus dem Lager der Gegner selbst hören wir Uebelsprüche ausreden, denen gegenüber sich die liberale Presse in Schweigen hüllt, und die Aeußerung: Es ist ein Glück, daß der „Volksfreund“ existirt. Durch unser Dasein allein haben wir Schranken aufgelegt der früher sich straflos bis in die höchsten Kreise hinein breit machenden Gemeinheit und Schamlosigkeit. Nun erst existirt eine öffentliche Meinung, die zu Gericht sitzt über jedes Unrecht, jede Bosheit und jeden Frevel. Vor allem aber sind jetzt die Arbeiter nicht mehr zum Schweigen verurtheilt. Sie haben in unserem Blatte ein Organ, das täglich seine Stimme in ihrem Namen und für sie erhebt. Sie können die Verleumdungen ihrer Gegner widerlegen, sie können ihre Forderungen darlegen und geltend machen, und so dahin wirken, daß sie zu ihrem Rechte gelangen. Unser Blatt ist ein Vorposten im Kampfe für die Befreiung des arbeitenden Volkes. Die Arbeiter mögen dessen eingedenk sein, wir aber, wie bisher, so werden wir auch in Zukunft, durch nichts beirrt, durch keinerlei Verfolgung abgeschreckt, muthig und unverzagt auf dem Posten stehen. Und so rufen wir heute den Arbeitern ein „Glückauf!“ zu. Vorwärts auf der Bahn der Befreiung! Frieden, Freiheit und Wohlfahrt für Alle!“ — Ein „Glückauf“ dem Braunschweiger Kampfgenossen!

— Der „Rückgang der Sozialdemokratie“ will immer noch kein Ende nehmen. Nur wenige Tage sind verstrichen, seit wir über Siege berichteten, welche die Sozialdemokratie bei den städtischen Wahlen in Sachsen an verschiedenen Orten errungen hat, und schon wieder müssen wir unseres Amtes als gewissenhafte Reporter walten. Kommt da die „Chemnitzer Freie Presse“ und verkündet der stammenden Welt, die Gemeinderathswahlen in dem von dem Reichsverein besonders heimlichsuchten 15. sächsischen Wahlkreise seien zum großen Theile im Sinne der Sozialdemokratie ausgefallen. Nun, das ist ein „Rückgang“, der sich schon hören läßt, und wir hoffen, derartiger „Rückgänge“ noch öfter erwähnen zu können.

## Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Gießen, 20. Dezember. Wie schon durch College Wumme aus Braunschweig mitgetheilt, sind keine Einwendungen gegen die Personen der neuen Bororick-Bewaltung eingelaufen. Da der Termin mit heute abgelaufen ist, treten wir die Verwaltung an. Vor Allem bringen wir die Beschlüsse der letzten Generalversammlung in Erinnerung. Die statistischen Formulare befinden sich schon in den Händen der Bevollmächtigten. Dieselben haben dafür zu sorgen, daß die Angaben ebenso verständlich wie genau gemacht werden und spätestens in der ersten Hälfte des Januar an die Control-Commission in Berlin gesandt werden und nicht an uns, dies würde nur Postkosten und Zeitverlust verursachen. Einen Plan über Agitationen werden wir in den ersten Tagen des kommenden Jahres den Mitgliedschaften bekannt geben. Ferner ersuchen wir zu beachten, daß das 4. Quartal bald abgelaufen ist, damit die Abrechnung pünktlich erfolgen kann. — Kollegen! Im Vertrauen auf Euch beginnen wir unsere Arbeit. Wohl sind wir gewillt, Alles aufzubieten zur Förderung der Organisation. Auch haben wir den festen Willen, unsern Posten

voll und ganz auszufüllen, aber Eurer Hilfe sind wir zu diesem Vorhaben bedürftig. Jedes einzelne Mitglied der Gewerkschaft muß mit Hand anlegen an dem Ausbau unserer Ideen. Jeder hat Gelegenheit und bestigt Anlagen zu agitieren. Es ist nicht notwendig, daß man dazu ellenlange Vorträge hält. Wer das kann ist natürlich dazu verpflichtet. Aber so lange Kollegen und ferne stehen (und deren giebt es ja leider noch zu viele) kann man Kameradschaft mit den Fernstehenden suchen und so dieselben zu uns heranziehen. Der Freund wird doch zum Freunde sprechen können! Wenn die Verheiratheten mehr dafür zu sorgen haben, die Mitgliedschaften in sich aufrecht zu erhalten, so ist es dagegen Aufgabe der Unverheiratheten, für Verbreitung derselben zu sorgen. Wenn ein Colleague an einen Ort kommt, wo keine Mitgliedschaft besteht, liegt es nur an dem Betreffenden, ob eine dort zu Stande kommt. Es ist ein großer Fehler, daß in solchen Fällen, anstatt für die Gewerkschaft zu sorgen, man sich als abgeschlossen von derselben betrachtet. Und doch beklagt man sich, daß auf der Reise zu wenig Plätze wären, wo Mitgliedschaften bestehen. Die Schuld liegt an den Mitgliedern selbst. Schafft, Kollegen, wo ihr hinkommt auf der Reise Mitgliedschaften. Wenn Einer Aussicht hat, muß er uns umgebend genaue Mittheilung machen und werden wir unsere Pflicht pünktlich erfüllen. Kollegen, steht ein für die gute Sache und ihr Gedulden ist gesichert.

Die Adresse des Hauptkassirers ist: Wilhelm Lorey, Mühl-gasse D 72, des Geschäftsführers B. Klerx, Markt A 7. Die Kollegen, besonders Bevollmächtigte und Schriftführer ersuchen wir, sich die Adressen genau zu notiren und richtig anzuwenden, um jeder Unordnung vorzubeugen.

Mit Gruß und Handschlag  
Der Ausschuß  
J. A.: B. Klerx.

### Allgemeiner deutscher Töpferverein.

**Hamburg.** Ich ersuche sämtliche Mitgliedschaften, über die von mir eingebrachte Resolution abzustimmen und das Resultat der Abstimmung mir so schnell als möglich mitzutheilen. Näherer Bericht folgt.  
Mit Gruß und Handschlag  
Julius Wilde, Vors., Speditions-gang 33.

### Innere Partei-Angelegenheiten.

Der Partei haben sich neu angeschlossen: Freiburg i. B.: Vertrauensmann J. Frick; Kirchheim a. d. L.: Vertrauensmann E. Hufnagel.

Als Vertrauensmänner wurden weiter dem Ausschuß vorgeschlagen und sind von diesem nebst Revisoren bestätigt:

Duisburg: H. Fennemann; Langenberg: A. Kühnrich; Göhring: R. Ademann.  
Der Ausschuß  
J. A.:

J. Auer, Breitenstraße 39.

### Correspondenzen.

**Gohlis-Leipzig.** Zu seiner letzten öffentlichen Sitzung hatte sich unser Gemeinderath durch verschiedene vorhergegangene „geheime“ und Ausschüßsitzungen gehörig präparirt, so daß von einem etwa erwarteten Auseinanderplatzen der „Geister“ (?) nichts zu spüren war. Hr. Prof. Seydel berichtet Namens des Verfassungsausschusses, und schlägt unter Anderem vor, daß bei der am 29. und 30. Dezember stattfindenden Ersatzwahl zum Gemeinderathe nur die mit mindestens 5 Steuerbeiträgen an Gemeindeforderungen besetzten Einwohner wahlberechtigt sein sollen. Hr. Piffach ist gegen diesen Antrag; er will bloß die „Schlafburschen“ nicht mit wählen lassen, was Hr. Maurermeister Heinge zu dem Einwande veranlaßt, wie denn die Schlafburschen dazu kämen nicht wählen zu dürfen, welche ein Einkommen von 1000 Thlrn. hätten und danach besteuert werden. Hr. Piffach erklärt hierauf, was ein „Schlafbursche“ sei, wodurch Hr. Heinge die Sorge um seine tausendthalerigen Schlafburschen abgenommen wird. Herr Piffach will nämlich unter Schlafburschen diejenigen Einwohner verstanden wissen, welche nicht Geld genug haben, sich ein eigenes Zimmer oder einen Theil eines Zimmers zu mieten, und deshalb nur in Schlafstube gehen; diese müssen bestraft werden, man schließe sie deshalb von der Wahl aus, warum verdienen sie nicht genug Geld, um ein Zimmer bezahlen zu können. Echt „liberal“ das! Hr. Prof. Seydel ist darum auch von den eben gehörten Erörterungen so begeistert, daß er seinen Antrag, resp. den des Verfassungsausschusses, zurückzieht und sich dem Piffach'schen anschließt. Herr Brandt nimmt jedoch den ersteren wieder auf. Herr Kirsten spricht sich gegen beide Anträge aus, „weil man mit Annahme derselben eine große Anzahl junger Markthelfer von der Wahl ausschließt“. Wir wollen im Interesse dieses Herrn annehmen, daß er sich vorher nicht recht überlegt hatte, was er da aussprach. Wir meinen, was den jungen Markthelfern recht, das ist den jungen Handwerklern, Fabrikarbeitern etc. billig. Nicht weil die jungen Markthelfer (die gewiß keine Ausnahmestellung wünschen) mit betroffen werden, mußte jeder wahrhaft freisinnige Mann gegen beide Anträge stimmen, sondern weil dieselben reaktionär sind, weil sie einen nicht unerheblichen Theil der Gemeindeglieder von dem Wahlrecht ausschließen und damit ohne Vertretung lassen, weil dadurch die Klassenherrschaft innerhalb der Gemeinde befördert wird. Bei der Abstimmung wird der früher Seydel'sche, jetzt Brandt'sche Antrag mit großer Majorität angenommen; der Piffach'sche Antrag dagegen findet Aufnahme in das Lokalstatut. Also vom nächsten Jahre an dürfen die „gemeinen Schlafburschen“ (Gattung Piffach) nicht mit wählen, diesmal nur diejenigen Einwohner, welche der Gemeinderath mit mindestens fünf Einheiten „beehrt“ hat. Man wird nun wohl bald merken, daß die sog. Opposition den Herren Brandt, Auerbach und Genossen in Sachen der „Freisinnigkeit“ ebenbürtig ist. Fünf Steuereinheiten — 3 Thlr. jährlich, ohne die Kirchensteuer — sind in Gohlis das Minimum, das ein verheiratheter Einwohner an Gemeindesteuern zu zahlen hat. Die Einheit gilt für 50 Thlr. Einkommen. Der Finanzausschuß und mit ihm der Gemeinderath ist nämlich von der löblichen Ansicht ausgegangen, daß ein Familienvater mindestens 250 Thaler jährlich einnehmen müsse, um allenfalls existiren zu können, hat jedoch vergessen, dafür zu sorgen, daß diese Einnahme auch einem Jeden gesichert ist. Doch das kümmert die Herren nicht, die Hauptsache ist, daß die judikirteten Steuern begahnt werden, denn es wird Geld gebraucht in Gohlis, viel Geld! und die Steuern sind noch viel zu niedrig, so wenigstens behaupten die Herren von der Opposition.) In Bezug auf die Wahllisten, deren Revision dem Verfassungsausschuß auf eifrige Fürsprache des Hr. Prof. Seydel, laut Beschluß der vorhergegangenen öffentlichen Sitzung (auf deren Tagesordnung der Hr. Gemeindevorstand die zweite Lesung des Lokalstatuts glücklich wegzugesetzt hatte) übertragen worden war, berichtet der Herr Professor, daß man von dieser Prüfung abgesehen habe und er beantrage, die unter Verantwortung des Gemeindevorstandes angefertigten Listen zu genehmigen. Das war das Resultat des

nach langer Debatte in der vorhergegangenen Sitzung gefaßten Beschlusses! Die Wahllisten sind, wie man nicht anders erwarten konnte, sehr mangelhaft, es fehlen eine Menge stimmberechtigter darauf, und Mancher mag darauf stehen, der nicht wahlberechtigt ist, — und der Herr Prof. wußte das, die Pflicht lag also nahe, eine genaue Revision vorzunehmen. Doch genug hiervon; nur im Allgemeinen noch die Bemerkung, daß wir es manchem Gemeinderathe nicht verdenken, wenn er eine gewisse Scheu vor den öffentlichen Sitzungen empfindet. Ganz abgesehen von der meistwichtigen Leitung der Debatten und Abstimmungen, deren Aenderung ja zum Glück nahe bevorsteht, machen einzelne Herren so komische parlamentarische Vorkämpfe, wie z. B. in der letzten Sitzung der Herr Oberinspektor Kanitz, daß es für die schadenfrohen Sozialdemokraten eine wahre Lust ist, dabei zu sein. So viel steht fest: in den Arbeiterversammlungen herrscht mehr parlamentarischer Takt, als in mancher dieser Sitzungen. Darum die Scheu vor der Öffentlichkeit! Das ist wahr, trotzdem der „löbl.“ Gemeinderath (gegen zwei „bäuerliche“ Stimmen, deren im Uebrigen schweigsame Inhaber schon beim bloßen Nennen des Namens eine Gänsehaut überließ) einen unserer Parteigenossen zum Wahl-gelübten ernannt hat.

Der Arbeiterverein sagte in seiner letzten Versammlung den einstimmigen Beschluß, für die Classe der Unangesessenen Parteigenossen Peulert als Candidaten zur Gemeinderathswahl aufzustellen und für dessen Wahl, trotz der ungünstigen Verhältnisse nach Kräften einzustehen, dagegen von der Aufstellung selbständiger Candidaten für die Classe der Angesehenen, der noch ungenügenden Verbindungen wegen, für diesmal abzusehen. Man sprach in dieser Versammlung allgemein die Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie überall, wo es die Verhältnisse irgend gestatten, selbstständig vorzugehen hat, unbedenklich um die Deklamationen sog. Unparteiischer (?), die da meinen, man dürfe bei Gemeinde-wahlen nicht auf die politische Farbe sehen, trotzdem sie nicht läugnen können, daß schon der Wahlakt eine politische Handlung ist, daß ferner der Gemeinderath eine politische Körperschaft ist, deren Beschlüsse in vielen Fällen von politischen Erwägungen abhängen. Wir haben an den Beschlüssen unseres Gemeinderathes Beispiele genug, trotzdem einige Herren ab und zu ein Bißchen Opposition „spielen“, hat sich keiner derselben zur Stellung eines wahrhaft freisinnigen Antrages entschließen können. Gegen die freisinnlichen Forderungen der Sozialdemokratie marschiren die Herren allesamt Arm in Arm in größter Einigkeit: Kirsten mit Brandt, Prof. Seydel mit Rohr etc. Wer im großen politischen und sozialen Leben mit den herrschenden Parteien durch Dick und Dünn läuft, wer auf dem Boden der heutigen Klassenherrschaft, der heutigen Klassengesetzgebung steht und damit die bevorzugte Stellung des Geldsacks anerkennt, der muß auch die daraus entspringenden Konsequenzen ohne Murren hinnehmen. Wer gegen die Zustände in unserer Gemeinde ernstlich opponiren will, der muß seiner politischen Ueberzeugung nach über den jetzt herrschenden Parteien stehen, und in seiner gesellschaftlichen Stellung keine Rücksicht auf die Gohliser und andere „Herren“ zu nehmen haben. Wer das erkannt hat, der wähle den Candidaten des Arbeitervereins! Wie auch die Wahl ausfällt, und soll es recht sein. „Die Gemeinde spricht durch ihre Wahlen“, bemerkte in der letzten Gemeinderathssitzung Herr Arnold. Ganz richtig: die Gemeinde, soweit deren Mitglieder nicht durch die Fürsorge ihrer „Väter“ zum Schweigen verurtheilt sind, also die Gemeinde wird sich darüber auszusprechen haben, ob sie mit den heutigen Zuständen in Gohlis zufrieden ist oder nicht. Wer nicht zufrieden ist, der protestire mit uns durch die Wahl unseres Candidaten gegen diese Zustände! — Die Wahl findet am Mittwoch, den 30. Dezember, von 4—8 Uhr Abends im Gemeindebureau statt, wo auch Mitglieder des „Arbeitervereins“ mit Stimmzetteln anwesend sein werden.

**Berlin, 18. Dezember.** (Sozialistenversammlung.) Am vergangenen Dienstag fand in den Räumen des Handwerkervereins eine massenhaft besuchte Versammlung der Sozialdemokraten statt. Bereits um 8 Uhr war der große Saal überfüllt, und ob-schon von den Anwesenden sämtliche Stühle und Tische entfernt wurden, so daß gegen 4000 Personen in dem Saale und auf den überfüllten Tribünen Platz fanden, konnte eine große Menge keinen Einlaß finden. Die Tagesordnung lautete: „Die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie“, und es waren die sämtlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, so weit sie nicht im Kerker sich befinden, als Referenten zugegen. Aus der Haltung der Anwesenden konnte man vom Beginn der Versammlung an leicht erkennen, daß sie dem Plane einer redlichen und ohne Ueber-sicherung angebahnten Vereinigung der Sozialdemokraten Lassal'schen und Eisenacher Programms von ganzem Herzen zustimmte. Nachdem das Bureau aus den Herren Frigge als Vorsitzendem, sowie Bernstein und Lange als Schriftführern zusammengesetzt war, nahm Hasenclever das Wort, dem sich Liebknecht, Hasselmann, Geib, Motteler, Bahleisch und Reimer, sowie mehrere Berliner Parteigenossen angeschlossen. Es wurde die Aufgabe der Sozialdemokratie in bestimmter Weise dahin festge-setzt: die Arbeiter müssen als Arbeiterpartei, als Klasse sich organisiren gegenüber allen anderen Parteien, welche, gleichviel ob reaktionäre, Junker und Pfaffen oder liberale und radikale Bourgeois, nur eine einzige reaktionäre Masse bilden, damit in diesem Streite für vollste politische und soziale Freiheit die Abschaffung aller Klassenherrschaft errungen werde. Was die Vereinigung der beiden lang getrennten Richtungen der Sozialdemokratie betrifft, so könne dieselbe, nachdem bereits dreiviertel Jahr lang thatsächlich ein friedliches Nebeneinandergehen stattgefunden habe, jetzt mit Erfolg angebahnt werden, da im Laufe der letzten Jahre die soziale Ent-wicklung sich vollzogen habe, daß beide Richtungen gegenwärtig den gleichen Weg streng sozialistisch und demokratisch verfolgten und über das Endziel kein Zweifel obwalte; es brauche daher keine der beiden Parteien ein wesentliches Prinzip behufs einer Vereinigung zu opfern; ebenso werde auch beiderseits anerkannt, daß eine gute Organisation nicht ohne Centralisation möglich sei. Sollte aber eine Vereinigung fruchtbringend sein, so sei es nöthig, daß vor derselben alle etwaigen Mißverständnisse ausgeglichen würden und allseitige Klarheit obwalte, damit die Vereinigung keine Ueberrumpelung, nicht ein Werk sogenannter Führer, sondern des souveränen Volkes sei. Die Frage müsse von jetzt ab noch vier bis fünf Monate ruhig und sachlich diskutiert werden, dann würden alle Zweifel schwinden. Eine dauerhafte Vereinigung werde der mächtigste Damm gegen die hereinbrechenden Vorkämpfe sein und die Macht der Sozialdemokratie unberechenbar vervielfältigen. — Diese Ausführungen fanden den größten Beifall. Die Herren Aurin und Merkel sprachen freilich ihre Bedenken gegen eine Vereinigung aus, indem sie deren Bestand bezweifelten und ein bloßes friedliches Nebeneinandergehen der Parteien befürworteten; nachdem jedoch die Herren Bähle, Paul, Hüppner und Schulz energisch gleich den oben erwähnten Abgeordneten für die Vereinigung getreten hatten, erklärte die Versammlung einstimmig,

daß eine Vereinigung der Sozialdemokratie angebahnt werden müsse. — Die Versammlung beschloß sodann noch, den inhaftirten Reichstagsabgeordneten Bebel und Most Reichthum von ihrem Beschlusse zu geben und ein freudig aufgenommenes Telegramm an Reichsbürger Parteigenossen zu beantworten, dann trennte sie unter den dräuenden Klängen der Arbeitermarschall.

### Briefkasten

der Redaktion. P. M. in Eisenburg: Unter den viel-fachlichen Forderungen, die uns auf unsere Aufforderung zugegangen sind, befindet sich auch die Ihrige. Es wird beabsichtigt, bei passender Gelegenheit im Reichstage von demselben Gebrauch zu machen. R. W. Berlin: Schaffen Sie sich das Kuhn'sche Lehrbuch der so- Syrrache an, (den Titel erfahren Sie in jeder Buchhandlung) es ist nur wenige Groschen und thut Ihnen dieselben Dienste wie Konrad Langenscheidt, der verschiedene Male kostet. Die Aus-sprache können Sie durch kein Lehrbuch lernen. Schreiben Sie die Aufgaben und lassen Sie sich Ihre Arbeiten dann und wann von einem des Fre-iwilligen kundigen Freund corrigiren. — U. B. in Waldenburg i. S. Nur wenn Sie uns Ihren vollen Namen nennen und für Ihre Mit-theilungen eintreten wollen, werden wir von demselben Gebrauch machen.

### Quittung

der Expedition. Siemehoverein Köln 1 Thlr. 10. Für Karl- Schr. 2 Thlr. 10. Pöhl hier Schr. 1 Thlr. 5. Von Eisenfeld Ann. 4. Engschwag Hamburg Schr. 6 gr. 5. Ein Berlin Schr. 7 gr. 5. Ein Köln Nr. 23 Schr. 20. Ann. 22 gr. 5. Fachev. d. Tischler das. 17 gr. 5. C. Vgl. Witten Schr. 2 Thlr. 5. R. in M. Ab. 1 Thlr. Schr. 25 gr. Wdt. Gethain Schr. 16 gr. 5. B. Strauß London 3 Thlr. 14. Schr. 3 Thlr. 10. Arbeitertrib. Ber. Weis Ab. 1 Thlr. Schr. 14 gr. Schr. hier Ab. 17 gr. 5. Ab. Cohn Schr. 5 gr. 8. Schmidt Frankfurt Schr. 1 Thlr. 2. Wf. Müssen St. R. Schr. 3 Thlr. — Wf. Berlin: Ihre Annoncen können keine Ausnahme mehr finden.

### Fond für Gemafregelte.

B. Knauff Delwitz 28 gr. G. Schell Planen 4 gr. G. Kbn. H. berg 4 Thlr. R. hier 6 gr. 5. Frz. Reich. Meierne 5 Thlr. Von Schern des Bibliogr. Instituts hier, gef. d. Wf., 2 Thlr. 2. 5.

### Anzeigen etc.

**Berlin Wahlverein der soz.-dem. Arbeiterpartei.** Donnerstag, den 31. Dezember, (Schloßter) „Königshöhe“, Greifswalderstraße 8, am Königsthor:

**Großes allgem. Schloßter-Fest.** (Concert, Ball) Villets à 2 1/2 Sgr. sind zu haben bei den Colporteurs „Volksstaat“, bei Rubenow, Brunnstraße 34 und in öffentl. Versammlungen des Wahlvereins. Erhöhter Kaffeepreis. Alle Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freud-lichst eingeladen. Keiner darf bei diesem Feste fehlen. Ueber Niederbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

**Berlin Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.** Montag, d. 28. Dezer., Abends 8 1/2 Uhr, bei Carl-Prinzstraße 72 (oberer Saal). — Sozial-pol. Wochenbericht. Herr Steeger. Ausnahme neuer Mitglieder. Diskussion. Fragelösung. Es laden zu zahlreichem Besuch ein. Der Vorstand.

**Berlin Gewerkschaft der Manufaktur-Arbeiter.** Am 3. Weihnachts-Feiertag, im „Kaffee-Wald“, Mühl- Nr. 5, Nachmittags 4 Uhr: Geselliges Zusammensein. A. u. l. f. feine

**Cöln Sonntag, den 27. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr:** Defensitive Tischler-Versammlung im Lokale des Herrn Dajlmeyer, (früher Stern's Brauerei), Breiten- L.-D.: 1) Centralismus und Federalismus. — 2) Resolutions- alle Tischlergehilfen bitten werden in dieser Versammlung 1881 eingeladen. Um pünktliches Erscheinen bitten. Der Vorstand des Fachvereins der Tischler Cöln's.

**Gohlis Arbeiterverein.** Montag, 28. Dezer., Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung bei Kuhnig. Das Erscheinen aller ist notwendig. — Am 2. Feiertag Nachmittags 4 Uhr: Zusammenkunft bei Kuhnig. Die „Volksstaate“ kommen zur Vertheilung. D. B.

**Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.** Sonnabend, den 23. Januar, in Klett's Gesellschaftsgarten: **Concert und Ball.** Prolog gesprochen von A. Geib, Festrede von B. Liebknecht. Karten à 6 Schll. sind zu haben bei Geib, Schulz, Schüge, K. März und bei den Comiteemitgliedern. Abends an der Kasse 8 Schll. Das Comitee.

**Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.** Mittwoch, den 30. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: „Drephenen“, Neustädterstraße. — L.-D.: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Ref.: J. Auer.

**Leipzig Agitations-Comite's im Lokale des Red.-Bild.-Bereins.** Wir empfehlen den Lesern des „Volksstaat“, sowie überhaupt die Publika, daß sie für die heutigen gesellschaftlichen Zustände in der das Lesen der in unserem Verlage in Berlin erscheinenden

**„Social-Politischen Blätter“** zum **Abonnement.** Der Abonnementspreis beträgt für wöchentlich einmalige Liefer- pro Quartal 10 Sgr., pro Monat 4 Sgr. Abonnementspreis in Monats- besten ist 4 Sgr. pro Hft.

Colporteurs und Buchhändler erhalten entsprechenden Rabatt. Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Colporteurs, sowie Wochenlieferungen auch alle Postanstalten entgegen. Berlin im Dezember 1874. (w.)

Redaktion und Expedition des „Neuen Social-Demokrat“

**Notiz für die hiesigen Abonnenten.** Durch die plötzliche Erkrankung unseres Colporteurs J. Müller eine unliebsame Störung im Austragen der Blätter eingetreten. werden für schleunigste Regelung sorgen, und bitten um freundliche Ver-sicht wegen vorkommenden oder vorzukommenden Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes.

Leipzig, den 20. Dezember 1874. Die Expedition des „Volksstaat“

**Filialexpeditionen,** welche uns für das erste Quartal 1875 ihren Bedarf nicht ange-ben, oder mit Abonnementsbeträgen noch im Rückstande sind, er-bitten vom 1. Januar an keine Zusendungen mehr.

Die Expedition des „Volksstaat“

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.

Redaktion Gohlisstraße 4, Expedition Reiterstraße 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.